



Studie

zu den Auswirkungen der

Strategischen Umweltprüfung zum Wiener Abfallwirtschaftsplan (SUP Wr. AWP)

Zusammenfassung

Wien, im Oktober 2005

Im Auftrag der Stadt Wien:

Magistratsabteilung 48 (Abfallwirtschaft),
Magistratsabteilung 22 (Umweltschutz) und
Wiener Umweltschutz



Studie zu den Auswirkungen der SUP Wr. AWP

Zusammenfassung

Das Land Wien hat als erstes österreichisches Bundesland bereits im Jahr 1999 auf freiwilliger Basis eine Strategische Umweltprüfung zum Wiener Abfallwirtschaftsplan (SUP Wr. AWP) gestartet. Der SUP-Prozess wurde im Oktober 2001 abgeschlossen. Ergebnis waren im Wesentlichen drei Empfehlungen: die Intensivierung der Abfallvermeidungsaktivitäten in Wien, die Errichtung einer neuen Müllverbrennungsanlage (MVA) und die Errichtung einer Biogasanlage.

Die vorliegende Studie hat nun folgende Ziele:

- Dokumentation der Aktivitäten nach Abschluss der SUP Wr. AWP und zur Umsetzung der SUP-Ergebnisse
- Ermittlung der Auswirkungen der vorgelagerten SUP, im Speziellen auf die HauptakteurInnen der nachfolgenden Verfahren; nachfolgende Verfahren sind die Eignungszonensuche zur neuen MVA, das UVP-Verfahren zur MVA Pfaffenau und das Genehmigungsverfahren zur Biogasanlage
- Dokumentation der Erwartungen der InitiatorInnen der SUP Wr. AWP (Wiener Umweltschutz, MA 22, MA 48) und Überprüfung ihrer Erfüllung
- Ableitung von Empfehlungen für künftige SUPs.

1 Aktivitäten nach Abschluss der SUP Wr. AWP und zur Umsetzung der SUP-Ergebnisse

Nach Abschluss der SUP Wr. AWP im Oktober 2001 wurde begonnen, die Ergebnisse umzusetzen. Die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen wurden vom SUP-Monitoring begleitet. Die folgende Abbildung 1 gibt einen Überblick über die gesetzten Aktivitäten.



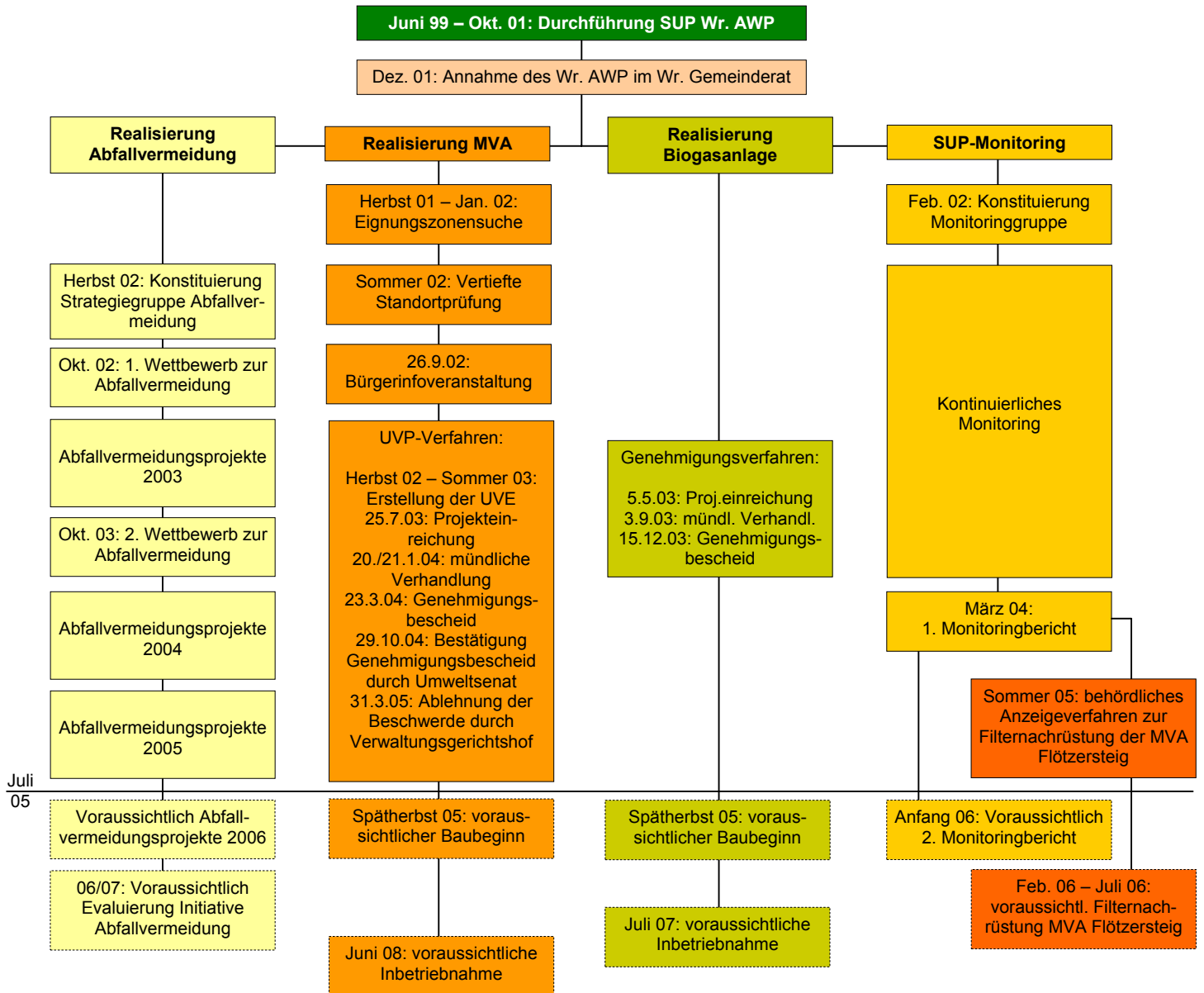


Abbildung 1: Übersicht über die Aktivitäten zur Umsetzung der SUP-Ergebnisse (Abkürzungen: Wr. = Wiener, Proj.einreichung = Projekteinreichung, voraussichtl. = voraussichtlich, mündl. Verhandl. = mündliche Verhandlung)

2 Auswirkungen der SUP Wr. AWP

Um die Auswirkungen der SUP Wr. AWP zu analysieren wurden Interviews mit Personen geführt, die in den nachfolgenden Verfahren als Projektwerber, als Behörde, als Partei (Wiener Umweltschutz und Bürgerinitiative "Grüner Mistkäfer") oder als Sachverständige agierten. Sie werden als HauptakteurInnen der nachfolgenden Verfahren bezeichnet. Die Auswirkungen der SUP Wr. AWP sind aus ihrer Sicht dokumentiert.

2.1 Auswirkungen der SUP auf die Eignungszonensuche für die neue Wr. MVA

Die SUP habe aus Sicht der Befragten ausschließlich positive Auswirkungen auf die Eignungszonensuche gehabt: In der SUP sei die Technologie der benötigten Anlage entschieden worden. Dadurch habe man bei der Eignungszonensuche genau gewusst, welche Standortanforderungen erfüllt werden müssen. Die Standortsuche habe ein **klares Ziel** gehabt. Aus der SUP lagen **objektivierte Daten** vor, auf die man verweisen konnte. Außerdem habe man durch die vorgelagerte SUP bereits gewusst, welche Auswirkungen relevant und daher auch in der Eignungszonensuche zu berücksichtigen sind. Die SUP habe die **Qualität** der Eignungszonensuche **verbessert**, da diese in Folge der SUP aus einer **integrativen Gesamtsicht** durchgeführt worden sei.

Weiters sei es eine unmittelbare Folge der SUP gewesen, dass überhaupt eine Eignungszonensuche durchgeführt worden ist. Ohne Eignungszonensuche hätte man den Standortvergleich im UVP-Verfahren abhandeln müssen. Dort hätte man die Standortfrage allerdings nicht so umfassend prüfen können. Von Vorteil sei gewesen, dass die Eignungszonensuche von **unabhängigen ExpertInnen** durchgeführt wurde. Auch dies wäre bei einem Standortvergleich im UVP-Verfahren nicht der Fall gewesen.

Kritisiert wurde, dass bei der Eignungszonensuche **keine NGOs** einbezogen wurden.

2.2 Auswirkungen der SUP auf das UVP-Verfahren zur MVA Pfaffenau

Aus **Sicht des Projektwerbers** war positiv, dass es gegen die MVA Pfaffenau überraschend **wenig Widerstand** aus der Bevölkerung gegeben habe. Zur mündlichen Verhandlung im UVP-Verfahren seien nur etwa 20 Personen gekommen. Nur zwei Parteien haben gegen den Bescheid berufen. Es sei möglich und anzunehmen, dass die vorgelagerte SUP einen "bereinigenden" Effekt hatte, indem das Thema einer neuen MVA bereits lange vor der Projekteinreichung detailliert besprochen wurde. Die außergewöhnlich hohe Akzeptanz sei auf die intensive Kooperation der relevanten AkteurInnen der Wiener Abfallwirtschaft im SUP-Team zurückzuführen. Förderlich sei für das UVP-Verfahren gewesen, dass die SUP-Ergebnisse dokumentiert und veröffentlicht wurden. Die SUP habe auch dazu beigetragen, dass die **politischen EntscheidungsträgerInnen** die Empfehlung zum Bau einer neuen **MVA rasch mittragen** konnten. Auch das extrem **rasche Genehmigungsverfahren** – bereits nach 1 ¼ Jahren lag dem Projektwerber eine rechtsgültige Genehmigung vor – habe Entlastungen gebracht. Außerdem habe die SUP dazu beigetragen, dass die Verhandlungen mit der Behörde gut funktioniert haben und in positiver Atmosphäre abgelaufen seien. Besonders positiv sei gewesen, dass **Grundsatzfragen** zu Bedarf, Kapazitäten und Technologie bereits auf SUP-Ebene **geklärt** wurden. Obwohl diese Fragen streng genommen nicht Gegenstand des UVP-Verfahrens sind, konnten sie bei der mündlichen Verhandlung mit Verweis auf die SUP beantwortet werden. Dies habe im UVP-Verfahren ein **besseres Klima** geschaffen. Obwohl die Antworten trotzdem nicht unumstritten waren, konnten die Diskussionen dazu verkürzt werden. Die in der SUP erarbeiteten Daten zum Kapazitätsbedarf und zum Alternativenvergleich haben im UVP-Verfahren **viel Arbeit** und damit auch **Zeit erspart**. Geringe Entlastungswirkungen gab es bei den Themen, die in der UVP detaillierter bearbeitet werden mussten. Die SUP habe dem UVP-Verfahren aus Sicht des Projektwerbers sicher genützt. **Negativ** habe sich allerdings ausgewirkt, dass in der SUP schon **Vorgaben** zur technischen Ausstattung der MVA



gemacht worden sind, die einschränkend und kostspielig gewesen seien. Nachteilig sei auch die übereilte Empfehlung des SUP-Teams gewesen, die MVA Flötzersteig zu schließen. Diese Empfehlung wurde nicht umgesetzt. Sie wurde im UVP-Verfahren jedoch immer wieder eingefordert. Dafür sei der Projektwerber jedoch nicht zuständig gewesen.

Auch aus **Sicht der Behörde** brachte die SUP Entlastungen und andere positive Auswirkungen im UVP-Verfahren. Wie für den Projektwerber war es auch für die Behörde positiv, dass **Grundsatzfragen** bereits in der SUP **geklärt** waren und das UVP-Verfahren nicht mehr belasteten, dass der **Widerstand** gegen die neue MVA wesentlich **geringer** gewesen sei und dass das **Alternativenkapitel** in der UVP **schnell erledigt** werden konnte. Außerdem kam für die Behörde als entlastend dazu, dass die **Ausstattung der neuen MVA** seitens des Projektwerbers **ausdiskutiert** war. Die SUP habe bewirkt, dass die empfohlenen Maßnahmen **politisch weitgehend akzeptiert** waren und dass die Stadt Wien zur Abfallwirtschaft eine **einheitliche Sprache** gefunden habe. Die SUP habe sich als Instrument der Politikberatung bewährt. Auch in der **Kommunikation** mit der Bürgerinitiative und der Öffentlichkeit habe die SUP der Behörde **Erleichterungen** gebracht, weil die Behörde klar kommunizieren konnte, welcher Handlungsspielraum in der UVP noch bestehe und weil die Einwendungen mehr Substanz bekommen haben. **Problematisch** war hingegen, dass die MVA **Flötzersteig** entgegen der Empfehlung der SUP **nicht stillgelegt** wurde. Außerdem sei es durch die detaillierten Ausarbeitungen in der SUP schwierig gewesen, vom Projektwerber über die SUP-Darstellungen hinausgehende Unterlagen einzufordern. Problematisch sei gewesen, dass die Abfallmengen in SUP und UVP nicht in allen Punkten übereingestimmt haben.

Aus **Sicht der Wiener Umweltschutzgesellschaft** habe die SUP die **Grundsatzdiskussionen** zum Thema MVA **entspannt**. Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der neuen MVA seien bereits in der SUP festgestellt worden. Damit habe die SUP **gute Argumentationsgrundlagen** geliefert, was wiederum die Kommunikation im UVP-Verfahren erleichtert habe. Dadurch konnte auch die Wiener Umweltschutzgesellschaft aus der Sicht eines integrativen Umweltschutzes die Entscheidung für eine MVA gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik vertreten und mittragen. Außerdem habe die SUP auch **politischen EntscheidungsträgerInnen** als Entscheidungs- und **Argumentationshilfe** gedient. Aus Sicht der Wiener Umweltschutzgesellschaft habe die SUP auch die **Qualität der UVP verbessert**. Eine wesentliche Entlastung war auch, dass die SUP bereits hohe Umweltstandards für die neue Anlage festgeschrieben habe und es leicht gewesen sei, diese auch einzufordern. Aus Sicht der Wiener Umweltschutzgesellschaft gab es keine negativen Auswirkungen der SUP auf das UVP-Verfahren.

Aus **Sicht der Bürgerinitiative "Grüner Mistkäfer"** habe die vorgelagerte SUP **wenige bis gar keine Entlastungen** gebracht. Lediglich die Tatsache, dass man sich durch die SUP-Berichte das notwendige **Grundlagenwissen verschaffen** konnte, sei positiv gewesen. Die **negativen** Auswirkungen der SUP hängen v. a. mit der Tatsache zusammen, dass die **SUP-Empfehlungen nicht vollständig umgesetzt** wurden. Das habe die Bürgerinitiative verärgert und Misstrauen geschürt und die SUP-Ergebnisse entwertet. Außerdem sei das SUP-Ergebnis nicht nachvollziehbar gewesen, was die empfohlene Technologie und Kapazität der neuen MVA betrifft. Problematisch sei eine SUP jedenfalls dann, wenn sie Maßnahmen empfiehlt, die von einer Bürgerinitiative, die im nachfolgenden UVP-Verfahren auftritt, nicht mitgetragen werden können.

Aus **Sicht der Sachverständigen** habe die SUP vorwiegend durch die **Klärung des Bedarfs** für eine neue MVA Entlastungen gebracht. Bei der Bearbeitung der **Fachbeiträge** habe es jedoch nur **wenige Entlastungen** durch die SUP gegeben, weil die Beiträge detaillierter oder gänzlich neu auszuarbeiten gewesen seien. Erschwerend war auch für die Sachverständigen, dass die **Daten** zu den Abfallmengen in SUP und UVP **nicht übereingestimmt** haben. Die Daten aus der SUP seien für das UVP-Verfahren zu wenig detailliert gewesen. Durch die Empfehlung der SUP zur Rostfeuerungs-technologie sei im UVP-Verfahren ein Rechtfertigungsdruck für diese Technologie entstanden.

Jedenfalls habe neben der SUP auch die vorgelagerte **Eignungszonensuche die UVP entlastet**, da die Standortfrage sonst im UVP-Verfahren intensiver zu bearbeiten und zu diskutieren gewesen wäre.



2.3 Auswirkungen der SUP auf das Genehmigungsverfahren zur Biogasanlage

Aus Sicht des Projektwerbers habe die SUP zwar die **Argumente für** den Bau einer **Biogasanlage** geliefert, im Genehmigungsverfahren selbst aber keine große Rolle gespielt. Aus Sicht der Behörde habe die SUP darüber hinaus möglicherweise die Diskussionen über die Biogasanlage entlastet. Aus Sicht der Wiener Umweltschutzbehörde konnte die **eingereichte Biogasanlage** auf Basis der SUP **optimiert** werden. Damit habe die SUP auch im Genehmigungsverfahren zur Biogasanlage Erleichterungen gebracht. Auch aus Sicht der Sachverständigen seien die Auswirkungen der SUP auf das Verfahren gering gewesen. Für keine der interviewten Personen habe es negative Auswirkungen durch die SUP gegeben. In diesem Verfahren haben sich keine Nachbarn beteiligt.

2.4 Weitere Auswirkungen der SUP, die von den nachfolgenden Verfahren unabhängig sind

Aus Sicht der Behörde und einer Partei habe die SUP bewirkt, dass die **Abfallvermeidung** wieder an **Bedeutung gewonnen** habe und dass die **Biogasanlage** errichtet wurde. Durch die SUP liege nun ein **umfassendes Gesamtkonzept** für die Wr. Abfallwirtschaft vor. Die Kapazitätsengpässe der Abfallbehandlungsanlagen können nun überwunden werden. Außerdem habe die SUP **Verbesserungen** in der **Kommunikation** und der **Zusammenarbeit** zwischen den beteiligten Magistratsabteilungen, zwischen Verwaltung und NGOs sowie zwischen Verwaltung und externen ExpertInnen bewirkt. Weiters sei mit der SUP ein **neuer Zugang** entwickelt worden, wie komplexe Probleme strukturiert, transparent und unter ausgewogener Berücksichtigung umweltbezogener, sozialer und wirtschaftlicher Belange gelöst werden können. Mit der SUP sei ein Schritt in Richtung **praktizierte Nachhaltigkeit** und hin zu einer **neuen Verwaltungskultur** gelungen.

Auswirkungen der Initiative Abfallvermeidung auf die nachfolgenden Verfahren

Aus Sicht des Projektwerbers habe die Initiative Abfallvermeidung nur indirekten Einfluss auf die nachfolgenden Verfahren gehabt, da die Projektgegner gewusst haben, dass nicht nur eine neue MVA errichtet wird, sondern auch in Abfallvermeidung investiert wird. Aus Sicht der Behörde, der Parteien und der Sachverständigen habe es keine Auswirkungen gegeben.

2.5 Auswirkungen des SUP-Monitorings auf die nachfolgenden Verfahren

Das Monitoring habe sich kaum auf die nachfolgenden Verfahren ausgewirkt. Allerdings habe es geholfen, die **Daten** zu den Abfallmengen zu **harmonisieren**. Jedenfalls habe sich das SUP-Monitoring auf die **Nachrüstung der Filterausstattung der MVA Flötzersteig** ausgewirkt.

2.6 Einfluss des Modells der SUP am runden Tisch

Eine SUP am runden Tisch ist ein partizipatives SUP-Modell, bei dem die SUP kooperativ von einem SUP-Team durchgeführt wird. Zum SUP-Team gehören VertreterInnen der Verwaltungsbehörden, der betroffenen Interessengruppen und bei Bedarf externe ExpertInnen. Alle Teammitglieder bemühen sich um Konsens zu einer Planungslösung. Umweltaspekte werden dabei ausgewogen berücksichtigt. Aus Sicht der HauptakteurInnen der nachfolgenden Verfahren, die nicht am SUP-Prozess beteiligt waren, sei die SUP am runden Tisch ein **kluger Ansatz** gewesen. Sie habe zur **magistratsinternen Koordination** beigetragen. Wahrscheinlich sei die eine oder andere Gruppe gar nicht mehr als Gegner im UVP-Verfahren zur MVA Pfaffenau aufgetreten, weil sie sich bereits bei der vorgelagerten SUP einbringen konnte. Das partizipative Vorgehen bei der SUP habe auch im UVP-Verfahren **Widerstand und Emotionen verringert**. Die große **Transparenz** bei der SUP sei für die UVP sicher



förderlich gewesen. Am runden Tisch habe ein gemeinsamer Datenbestand und eine gemeinsame Sprachregelung erarbeitet werden können. Aus Sicht eines Vertreters des Projektwerbers seien die **Vorteile** allerdings **nicht umwerfend** gewesen. Aus Sicht der Bürgerinitiative "Grüner Mistkäfer" sei die SUP am runden Tisch nur dann sinnvoll, wenn das SUP-Team fair und ausgewogen besetzt wird und die Unabhängigkeit der beteiligten Organisationen sichergestellt ist. Außerdem müsse ein "Machtgleichgewicht" im SUP-Team gegeben sein. Kritisiert wurde, dass **weder die Öffentlichkeit noch politische VertreterInnen** an der SUP **beteiligt** gewesen waren.

Aus Sicht der HauptakteurInnen der nachfolgenden Verfahren, die bereits am SUP-Prozess beteiligt waren, habe das Modell der SUP am runden Tisch die positiven Auswirkungen der SUP sicher ganz **wesentlich gefördert**. Das SUP-Team habe ein **gleiches Erkenntnislevel** erarbeitet können. "**Aha-Effekte**" seien möglich gewesen. Die **Fronten** zwischen "Abfallverbrennern" und "Abfallvermeidern" haben sich **gelöst**. Entscheidend sei gewesen, die betroffenen AkteurInnen **von Anfang an** am SUP-Prozess zu beteiligen, bevor sich Einzelstandpunkte verfestigen konnten und unverrückbar geworden wären. Das Modell der SUP am runden Tisch habe die Abwicklung des SUP-Prozesses optimiert und vereinfacht. Es sei ein Beispiel für zukunftsweisende Unternehmenskultur. Die SUP Wr. AWP sei ein **vorbildhaftes Praxisbeispiel**, allerdings auch ein "**Luxus**", den man sich nicht immer leisten könne. Durch das gemeinsame Arbeiten sei **Akzeptanz für das Ergebnis** entstanden, auch wenn teilweise emotionale Entscheidungen gefallen seien.

2.7 Positive Auswirkungen der SUP Wr. AWP auf die Umwelt

Aus Sicht aller Befragter habe die SUP Wr. AWP auch **Positives für die Umwelt** gebracht. Aus Sicht des Projektwerbers sei die **MVA Pfaffenau aus Umweltgesichtspunkten optimal ausgestattet** und mit der Biogasanlage und der Initiative Abfallvermeidung in ein Maßnahmenbündel eingebettet worden. Aus Sicht der Behörde sei die MVA Pfaffenau als Resultat der SUP mit strengen Emissionsgrenzwerten genehmigt worden. Zwei BehördenvertreterInnen meinen jedoch, dass die neue MVA auch ohne SUP diese Qualitätsstandards erreicht hätte. Jedenfalls habe die SUP bewirkt, dass eine **umweltgerechte Behandlung biogener Abfälle in der Biogasanlage** in Zukunft möglich sein wird und dass die **Abfallvermeidung prioritären Stellenwert** bekommen habe. Aus Sicht der Wiener Umweltschutzbehörde wirke sich das klare Bekenntnis zur Abfallvermeidung und auch die Tatsache, dass in der SUP ein abgestimmtes Maßnahmenbündel erarbeitet worden ist, positiv auf die Umwelt aus. Aus Sicht der Bürgerinitiative "Grüner Mistkäfer" hätte die SUP nur dann positive Umweltauswirkungen gehabt, wenn die Ergebnisse vollständig umgesetzt worden wären. Die **MVA Pfaffenau sei negativ für die Umwelt** gewesen, die **Biogasanlage** und die **Initiative Abfallvermeidung positiv**. Aus Sicht der Sachverständigen sei auch die MVA Pfaffenau positiv für die Umwelt gewesen. Durch die SUP wäre sie eine technisch bessere Anlage geworden. Jedenfalls habe die SUP über das SUP-Monitoring eine **Verbesserung der Filterausstattung der MVA Flötzersteig** bewirkt.

3 Erwartungen der InitiatorInnen der SUP Wr. AWP

Die Erwartungen der InitiatorInnen der SUP Wr. AWP (Wiener Umweltschutzbehörde, MA 22, MA 48) an die SUP reichten von der fachlichen **Klärung der Bedarfsfragen** zur Wr. Abfallwirtschaft mit Vergleich verschiedener **Alternativen** über die offene **Zusammenarbeit** der relevanten AkteurInnen der Wr. Abfallwirtschaft bis zur **Konsensfindung** zur Zukunft der Wr. Abfallwirtschaft. Erwartet wurde auch, dass im Rahmen der SUP ein **qualitätsvoller Wr. Abfallwirtschaftsplan** erstellt wird, der auch von der **politischen Ebene akzeptiert** wird.

Die InitiatorInnen sehen ihre Erwartungen an die SUP Wr. AWP durchaus / voll / absolut oder sogar 200%ig erfüllt!

Die SUP habe sich ausgezahlt, weil sie **sinnvoll** gewesen sei. Außerdem haben die InitiatorInnen viel gelernt und der enorme **Wissenszugewinn** sei für die weitere Arbeit sehr wesentlich gewesen. Nun könne man die verschiedenen Positionen und Interessen der SUP-TeilnehmerInnen besser verstehen.

Außerdem habe sich die SUP ausgezahlt, weil es nun einen **breit getragenen, politisch akzeptierten Wr. AWP** gibt. Auch **unpopuläre Maßnahmen** konnten **umgesetzt** werden. Die fundierten SUP-Ergebnisse haben mit gutem Gewissen vertreten und den politischen EntscheidungsträgerInnen zur Umsetzung empfohlen werden können. Auch im **sozialen Sinne** habe man von der SUP **profitiert**. Einerseits konnte gelernt werden, mit verschiedenen Interessen und Menschen umzugehen, andererseits erleichtern die aufgebauten persönlichen **Kontakte** mit den SUP-Teammitgliedern auch weiterhin die **Kommunikation**. Der Erfolg der SUP Wr. AWP sei auch ein **Posten in der persönlichen Erfolgsbilanz**. Alle InitiatorInnen würden in ähnlichen Fällen wieder eine SUP initiieren. Als Voraussetzungen wurden beispielsweise genannt, dass die planerstellende Dienststelle von der Sinnhaftigkeit der SUP überzeugt sei, dass es von allen EntscheidungsträgerInnen und handelnden Personen ein klares Commitment zur SUP gebe und dass alle Mitglieder des SUP-Teams das gemeinsame Ziel erreichen wollen.

4 Empfehlungen für künftige SUPs

Das Modell der **SUP am runden Tisch** wird einhellig weiter empfohlen. Es habe zur **Konsensfindung** zur Zukunft der Wr. Abfallwirtschaft beigetragen. Außerdem erleichtere es die **integrative Betrachtung** bei der Durchführung der SUP. Das Wissen und die Kreativität der SUP-Teammitglieder könne gut einfließen. Die Zusammensetzung des SUP-Teams solle **sensibel ausgewählt** werden, da der Erfolg von **konstruktiven und kooperationsfähigen Teammitgliedern** abhängt. Das SUP-Team solle **ausgewogen** besetzt sein. Alle Teammitglieder sollen die gleichen Kapazitäten für die Teilnahme haben. Sie sollen verbindlich die Meinung ihrer Herkunftsorganisationen in den SUP-Prozess einbringen und die gemeinsam getroffenen Entscheidungen mittragen. Jedenfalls müsse die SUP **ergebnisoffen** sein. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor sei auch, dass die "Chemie" zwischen den TeilnehmerInnen stimme und eine **Vertrauensbasis** geschaffen werden könne. **NGOs** sollen jedenfalls im SUP-Team vertreten sein, allerdings müssen für ihre Teilnahme die **erforderlichen Ressourcen** zur Verfügung gestellt werden.

Zum Teil wird empfohlen, auch die **politische Ebene** am SUP-Prozess zu **beteiligen**. Allerdings sollen die fachliche Arbeit im SUP-Team und die politische Ebene nicht vermischt werden. Die SUP benötige einen **klaren Auftrag** von den politisch Verantwortlichen. Auf die Definition der Aufgabenstellung der SUP sollen alle politischen Parteien Einfluss nehmen können. Während des Prozesses sollen PolitikerInnen über **Zwischenergebnisse informiert** werden. Wesentlich seien die konstruktive Mitarbeit und der Verzicht auf tagespolitische Beeinflussung der SUP. Die fachliche Arbeit im SUP-Team müsse **"weisungsfrei"** möglich sein. Förderlich sei der in Wien deutlich spürbare **neue Politikstil**, dass sich PolitikerInnen gerne beraten lassen und in ihren Entscheidungen auf fachliche Grundlagen zurückgreifen.

Auch das **Prozessdesign** der SUP Wr. AWP sei weiterzuempfehlen. Allerdings solle der Prozess in Zukunft **gestrafft** werden und **weniger** in die **Tiefe** gehen, um rascher zu einem Ergebnis zu kommen. Zur Erarbeitung der SUP-Empfehlungen in der **Schlussphase** müsse aber **ausreichend Zeit** zur Verfügung stehen, damit die **Ergebnisse** auch **haltbar** sind und von den Beteiligten dauerhaft mitgetragen werden können. Prinzipiell sollen SUPs **frühzeitig gestartet** und so **transparent** wie möglich durchgeführt werden.

Bei der Analyse der Umweltauswirkungen sollen **Prioritäten** gesetzt werden. Wesentlich sei ein guter **Szenarienvergleich**. Die verwendeten **Eingangsdaten** sollen genau und transparent ausgewählt werden, damit sie nachvollziehbar sind. Auch der Untersuchungsrahmen müsse exakt abgesteckt werden. Die SUP-Berichte müssen **nachvollziehbar, allgemeinverständlich** und benutzerfreundlich gestaltet werden und nach Abschluss der SUP auch zur Verfügung stehen.

Entlastungswirkungen der SUP können dann optimal genutzt werden, wenn die politischen EntscheidungsträgerInnen der SUP-Empfehlung nachkommen und das **gesamte Maßnahmenbündel der SUP umsetzen**. Daran hänge die **Glaubwürdigkeit** der SUP. Das SUP-Monitoring könne die Umsetzung der SUP-Empfehlungen unterstützen. Die **Monitoringergebnisse** sollen **dokumentiert**



werden. Außerdem solle die Unabhängigkeit der leitenden **Stelle** gewahrt werden und das Monitoring in Kooperation mit externen ExpertInnen durchgeführt werden.

Die **drei Planungsebenen**, nämlich die strategische Ebene zur Klärung von Grundsatzfragen, die Standortebene und die Projektebene, sollen **aufeinander aufbauen**, ihre Inhalte sollen aber nicht vermischt werden. Bewährt habe sich, die **Eignungszonensuche dem UVP-Verfahren vorzulagern** und von unabhängigen ExpertInnen durchführen zu lassen. Die SUP-Ergebnisse sollen so abgesichert sein, dass sie auch bei genaueren Untersuchungen auf Projektebene halten. Auch ein einheitliches Selbstverständnis der Verwaltung von der SUP-Ebene bis zur Projektebene fördert die Vernetzung der drei Planungsebenen. Aus Sicht des Projektwerbers solle die SUP auch rechtlich mit der UVP besser verzahnt werden, um Doppelprüfungen zu vermeiden.

Die **strategische Planung der Wr. Abfallwirtschaft** solle jedenfalls weiter **fortgesetzt** werden, um die strategische Ausrichtung aktuell zu halten und auf neue Rahmenbedingungen zu reagieren. Die Fortschreibung des Wr. Abfallwirtschaftsplans solle wieder mit einer SUP gemacht werden.

5 Schlussfolgerungen

Das Beispiel der SUP Wr. AWP hat gezeigt, dass

- eine vorgelagerte SUP für nachfolgende Verfahren **spürbare Entlastungen** und andere **positive Auswirkungen** bringen kann. Davon können v. a. der/die ProjektwerberIn, die Genehmigungsbehörde, andere Parteien, wie die Umweltschutzbehörde, und die Sachverständigen profitieren, sofern sie das SUP-Ergebnis mitgetragen und dieses wie empfohlen umgesetzt wird.
- eine vorgelagerte SUP auch **negative Auswirkungen** für die nachfolgenden Verfahren bringen kann, v. a. für **Bürgerinitiativen** im UVP-Verfahren, die die SUP-Empfehlung zum jeweiligen Projekt nicht mittragen können. Das Agieren gegen ein Projekt, das durch eine vorgelagerte SUP abgesichert ist, wird schwieriger.
- das Modell der **SUP am runden Tisch** die **positiven Auswirkungen** der SUP **verstärkt** hat.

Außerdem hat die Studie gezeigt, dass

- die SUP Wr. AWP **positive Auswirkungen auf die Umwelt** gebracht hat, auch durch das SUP-Monitoring. Die Abfallvermeidung wurde intensiviert. Die neue MVA wurde mit strengen Umweltauflagen genehmigt. Eine Biogasanlage zur umweltgerechten Behandlung biogener Abfälle wird errichtet und die Filter der bestehenden MVA Flötzersteig werden erneuert.
- die Initiative Abfallvermeidung der Stadt Wien nur indirekten Einfluss auf die nachfolgenden Verfahren gehabt hat. Der Einfluss war positiv, aber gering.
- sich das **SUP-Monitoring** kaum auf die nachfolgenden Verfahren ausgewirkt hat, allerdings auf die Abweichungen vom SUP-Ergebnis wirksam reagiert und die **Nachrüstung** der Filterausstattung der **MVA Flötzersteig** bewirkt hat.
- die **Erwartungen der InitiatorInnen** der SUP Wr. AWP **erfüllt**, teilweise sogar übertroffen wurden. Profitiert haben die InitiatorInnen sowohl im **fachlichen** als auch im **sozialen Sinne**.

